



**Geschäftsführung
Stadtarbeitsgemeinschaft
Seniorenpolitik**

Herr Paulukat

Telefon: (0221) 221-27408

Fax: (0221)

E-Mail: peter.paulukat@stadt-koeln.de

Datum: 03.07.2019

Niederschrift

über die **Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 29.04.2019, 14:00 Uhr bis 16:00 Uhr, Stadthaus Deutz, Raum 16 F 43

Anwesend waren:

Vorsitzender und stimmberechtigtes Mitglied

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Ursula Beck	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.
Herr Wolfgang Schäfer	Deutsches Rotes Kreuz
Frau Susanne Schönewolff	Diakonisches Werk
Herr Christof Wild	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.
Frau Tatjana Puris	Synagogen-Gemeinde Köln
Frau Ursula Gärtner	CDU
Frau Marion Heuser	GRÜNE
Herr Dr. Walter Schulz	SPD
Herr Hartmut Stein	FDP für TOP 1
Frau Katja Hoyer	FDP Anwesend ab TOP 2
Herr Hubert Alflen	DIE LINKE
Herr Karl-Heinz Pasch	Seniorenvertretung der Stadt Köln (Hat nach TOP 1 die Sitzung verlassen.)
Frau Uta Grimbach-Schmalfuß	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Ruth Lenzen-Genco	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Hedwig Krüger-Israel	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Katharina Reiff	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Olaf Klömpken	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Herr Dr. Martin Theisohn	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Dr. Dr. Herbert Mück	Seniorenvertretung der Stadt Köln (Hat nach TOP 1 die Sitzung verlassen.)
Herr Ramazan Arslan	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Yadigar Arslan	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Verwaltung

Frau Alexa Dreyer	Dez. Soziales, Integration und Umwelt
Frau Dr. Katja Robinson	Amt für Soziales, Arbeit und Senioren
Herr Achim Woltmann	Amt für Soziales, Arbeit und Senioren
Herr Peter Paulukat	Amt für Soziales, Arbeit und Senioren
Herr Jürgen Voss	Amt für Soziales, Arbeit und Senioren
Herr Jürgen Kube	Amt für Wohnungswesen
Frau Julia Dölling	Sozial-Betriebe-Köln gmbH

Nicht stimmberechtigte Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Herr Hans Anton Meurers	Seniorenvertretung der Stadt Köln (Hat nach TOP 1 die Sitzung verlassen.)
Frau Hedwig Drießen	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Felicitas Vorpahl-Allweins	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Ingrid Ottenberg	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Hannelore Ringel	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Sigrid Buchholz	Seniorenvertretung der Stadt Köln (Hat nach TOP 1 die Sitzung verlassen.)

Gäste

Frau Anna-Maria Müther	Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Herr Dirk Schumacher	Amt für Soziales, Arbeit und Senioren
Herr Engelbert Rummel	Bürgeramtsleiter Chorweiler
Frau Insa Klock	Schwerbehinderten- u. Elterngeldstelle

Entschuldigt fehlten

Herr Herbert Anton Krempa	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Heiko Nigmann	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Petra Schall	Amt für Soziales, Arbeit und Senioren
Frau Anne Kreische	Gesundheitsamt

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Beschluss über die Tagesordnung und Verabschiedung der Niederschrift der letzten Sitzung gemäß § 9 Absatz 2 der Geschäftsordnung**
- 2 Sachstand "Integriertes Handlungskonzept" - Vortrag vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik**
- 3 Mitteilungen und Anfragen der Seniorenvertretungen**
 - 3.1 Auszahlung Barbetrag in stationären Einrichtungen
 - 3.2 Bearbeitungsverfahren bei Schwerbehindertenausweisen
 - 3.3 Initiative "Ohne Moos nix los"
 - 3.4 Informationsblatt "Kölner zahnmedizinische Versorgung im Alter"
 - 3.5 Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der zahnmedizinischen und mundhygienischen Versorgung
 - 3.6 Mobile Zahnbehandlungseinheit
 - 3.7 "Nette Toilette"
 - 3.8 Qualifikation von SeniorenNetzwerk-Koordinatoren/innen
 - 3.9 Änderung der Hauptsatzung
 - 3.10 Verschiedenes
- 4 Bericht aus der Landesseniorenvertretung**
- 5 Mitteilungen und Anfragen der Ratsfraktionen**
- 6 Mitteilungen und Anfragen der Verbände der freien Wohlfahrtspflege**
- 7 Mitteilungen und Anfragen der Verwaltung**
 - 7.1 Pflegenotstand
 - 7.2 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht; Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen

0340/2019

8 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Herr Dr. Rau die Anwesenden zur **fünften Sitzung** der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik in der **9. Amtsperiode** der Kölner Seniorenvertretung und stellt Frau Dr. Katja Robinson als neue Amtsleiterin des Amtes für Soziales, Arbeit und Senioren vor. Er bedankt sich bei Frau Steinraths, die die Amtsleitung über einen längeren Zeitraum kommissarisch übernommen hatte.

Frau Dr. Robinson freut sich auf die zukünftige Zusammenarbeit mit der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik.

1 **Beschluss über die Tagesordnung und Verabschiedung der Niederschrift der letzten Sitzung gemäß § 9 Absatz 2 der Geschäftsordnung**

Die Tagesordnung ist den Mitgliedern der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik zusammen mit der Einladung form- und fristgerecht zugeleitet worden.

Nach Versand der ursprünglichen Tagesordnung hatte Herr Dr. Dr. Mück weitere fünf Anträge und Herr Meurers einen weiteren Antrag eingereicht. Die Tagesordnung wurde entsprechend um TOP 3.4 bis TOP 3.9 erweitert und zur Sitzung als Tischvorlage verteilt. Festzuhalten ist, dass die Anträge von Herrn Dr. Dr. Mück form- und fristgerecht eingereicht wurden. Nachträglich ist anzumerken, dass Herr Meurers nur dann antragsberechtigt ist, wenn er als stellvertretendes Mitglied des Gremiums die Stellvertretung im Verhinderungsfall von Herrn Pasch ausübt.

Gemäß § 9 Absatz 2 der Geschäftsordnung für die Gremien der Seniorenpolitik der Stadt Köln wird zu Beginn der Sitzung die Tagesordnung mehrheitlich beschlossen.

Vor entsprechender Beschlussfassung beantragt Herr Dr. Theisohn, Sprecher der Seniorenvertretung der Stadt Köln, die von Herrn Dr. Dr. Mück und von Herrn Meurers eingereichten Anträge von der Tagesordnung zu nehmen und legt eine schriftliche Begründung vor (s. Anlage 1), die er gleichzeitig auch mündlich vorträgt.

Herr Dr. Dr. Mück und Herr Meurers begründen die Dringlichkeit ihrer Anträge. Herr Dr. Dr. Mück teilt mit, dass er bei Absetzung seiner Anträge von der heutigen Tagesordnung beabsichtigt, sein Amt als Seniorenvertreter niederzulegen.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik beschließt, die Anträge von Herrn Dr. Dr. Mück und Herrn Meurers nicht in der heutigen Sitzung zu behandeln.

Abstimmungsergebnis zur Frage „Sollen die Anträge von Herrn Dr. Dr. Mück und Herrn Meurers (TOP 3.4 – 3.9) in der heutigen Sitzung nicht behandelt und von der Tagesordnung genommen werden?“:

12 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
5 Enthaltungen

Nach einer kurzen Unterbrechung des Sitzungsverlaufs verlassen Frau Buchholz, Herr Dr. Dr. Mück, Herr Meurers und Herr Pasch die Sitzung.

Die Niederschrift zur Sitzung am 14.11.2018 wurde den Mitgliedern des Gremiums zugesandt. Herr Dr. Theisohn weist darauf hin, dass die Seniorenvertretung der Stadt Köln es für unbedingt notwendig hält, einen Fußgängerbeauftragten in Köln einzusetzen und bittet dies als Ergänzung zur Niederschrift mit aufzunehmen. Mit dieser Ergänzung wird die Niederschrift vom 14.11.2018 verabschiedet.

2 Sachstand "Integriertes Handlungskonzept" - Vortrag vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Frau Anna-Maria Müther berichtet über den aktuellen Sachstand des Programms „Starke Veedel – Starkes Köln“. Mit diesem Programm werden elf Kölner Sozialräume in den Blick genommen, die besonderen Unterstützungsbedarf haben. Es baut auf dem seit mehr als zehn Jahren erfolgreich laufenden Programm „Lebenswerte Veedel, Bürger- und Sozialraumorientierung“ auf. Ziel ist es, die Lebenssituation der Menschen vor Ort zu verbessern und Armut und soziale Ausgrenzung zu vermeiden. Weitere Einzelheiten können aus den als Anlage 2 beigefügten Vortragsunterlagen entnommen werden.

Ergänzend weist Frau Müther auf eine am 6.5.2019 stattfindende Veranstaltung zur Bürgerbeteiligung im Sozialraum Porz-Ost, Finkenberg, Gremberghoven und Eil hin.

Frau Lenzen-Genco teilt mit, dass sie die Information bekommen hat, dass bei einer vergleichbaren Veranstaltung für den Sozialraum Bickendorf, Westend und Ossendorf die Seniorenvertretung des Bezirkes nicht teilnehmen darf.

Frau Müther kann sich diese Aussage nicht erklären und bietet der Seniorenvertretung ihre Hilfestellung an, wenn diesbezüglich Probleme auftreten.

Herr Dr. Theisohn bittet das Amt für Stadtentwicklung und Statistik zu überlegen, wie vor einer Veranstaltung die Teilnehmerinnen und Teilnehmer besser über die vorgesehenen Maßnahmen informiert werden können, damit es mehr konstruktive Beiträge aus der Bürgerschaft gibt. Bei einer Bürgerbeteiligung im Sozialraum Ostheim und Neubrück sei dies nicht gut gelungen.

Weiterhin fragt er an, welche Aufgaben der Quartiersmanager hat.

Frau Müther nimmt die Anregungen zur Veranstaltung auf und erläutert, dass der Quartiersmanager mobilisierend und aktivierend im Quartier wirken soll. Er oder sie ist Bindeglied zwischen Verwaltung und Bürgerinnen und Bürger. Außerdem wird über das Quartiersmanagement der Verfügungsfonds bewirtschaftet, mit dem Projekte – insbesondere aus der Bürgerschaft und örtlichen Vertretern - im Quartier gefördert werden können.

Frau Grimbach-Schmalfuß regt an, dass bei geförderten Spielplätzen auch an eine senioren- und behindertengerechte Gestaltung gedacht werden sollte.

Frau Müther teilt mit, dass die Spielplätze im Programm „Starke Veedel – Starkes Köln“ die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen in den Blick nehmen.

Herr Dr. Theisohn weist auf ein Schreiben der Seniorenvertretung an Frau Oberbürgermeisterin Reker hin, wonach die Seniorenvertretung mehr Mehrgenerationengeräte

auf Spielplätzen oder anderen geeigneten Flächen fordert und bittet Frau Müther, diesen Aspekt auch im integrierten Handlungskonzept zu berücksichtigen.

In diesem Zusammenhang weist Frau Hoyer darauf hin, dass über den politischen Veränderungsnachweis Fördermittel in den Haushalt 2019 eingestellt wurden, die es ermöglicht haben, dass zwei Mehrgenerationenplätze eingerichtet werden konnten.

3 Mitteilungen und Anfragen der Seniorenvertretungen

3.1 Auszahlung Barbetrag in stationären Einrichtungen

Herr Dr. Rau erläutert, dass im Rahmen einer vollstationären Unterbringung jede/r Hilfeempfänger/in gemäß § 27b Abs. 2 SGB XII einen Barbetrag zur persönlichen Verfügung erhält. Aktuell monatlich 114,48 € bei volljährigen Heimbewohner/innen. Dieser Barbetrag wird ausgezahlt, wenn nach Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen, insbesondere unter Berücksichtigung von evtl. vorhandenem Vermögen und Einkommen, der Antrag positiv entschieden werden kann.

Herr Dr. Theisohn kritisiert im Namen der Seniorenvertretung das lange Prüfverfahren für die Anspruchsberechtigung und weist darauf hin, dass den Heimbewohner/innen oftmals über mehrere Monate kein Geld zur Verfügung steht, um sich Dinge für die tägliche Körperpflege kaufen oder z.B. einen Friseurbesuch bezahlen zu können. Er regt ein Umdenken bezüglich des Prüfverfahrens an und schlägt vor, in allen Fällen den Barbetrag direkt nach Aufnahme in die Pflegeeinrichtung als Vorschuss auszu zahlen. In einigen Heimen wird dies schon so umgesetzt. Weiterhin weist er auf eine von der Seniorenvertretung initiierte Unterschriftenliste hin, wonach sich bereits 458 Unterstützer/innen dieser Forderung angeschlossen haben.

Frau Lenzen-Genco unterstützt Herrn Dr. Theisohn und schlägt vor, einen Fördertopf einzurichten, aus dem die Barmittel ausgezahlt werden.

Herr Dr. Rau kann den Unmut der Betroffenen verstehen. Die Verwaltung ist gefordert, schnellstmöglich eine Lösung zu erarbeiten. Er gibt zu bedenken, dass ein Teil der Anträge erhebliche Recherchen nach sich ziehen und sich lange Bearbeitungszeiten durch Rückfragen und Anforderung von Unterlagen von Betreuern und Angehörigen ergeben, die diese teilweise nur schleppend vorlegen.

Herr Schumacher pflichtet ihm bei und ergänzt, dass ein Vorschuss nach § 42 SGB I nur dann möglich ist, wenn ein Sozialhilfeanspruch dem Grunde nach besteht und nur noch die Höhe ermittelt werden muss. Er gibt zu bedenken, dass nur rund 20 % der Antragsteller/innen bislang Sozialleistungen bezogen haben. 80 % der Antragsteller/innen konnten bislang von ihrem Renteneinkommen und Vermögen leben und wurden erst durch die Heimaufnahme bedürftig. In diesen Fällen ist die Prüfung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse besonders aufwendig, da teilweise auch Schenkungen über einen Zeitraum von bis zu 10 Jahren zwingend zu hinterfragen sind.

Zur Bearbeitungszeit für einen Neuantrag in der Heimpflege führt Herr Schumacher aus, dass diese als Höchstwert im Oktober 2018 bei durchschnittlich 10,8 Monaten lag. Ab November 2018 wurde in dem Bereich jedoch eine Rückstandssachbearbeitung aufgebaut, so dass mittlerweile die durchschnittliche Bearbeitungsdauer im März 2019 auf 7,8 Monate gesunken ist. Durch die mittlerweile vollständige Etablierung des Rückstandsbereiches hat das Amt für Soziales, Arbeit und Senioren das Ziel, ab dem

1.4.2019 die eingehenden Neuansträge in einer durchschnittlichen Bearbeitungszeit von höchstens 4 Monaten zu entscheiden. Für den Monat April lag diese bei 2,4 Monaten. Im Rückstandsbereich waren die bearbeiteten Anträge durchschnittlich 12,7 Monate alt. Hieran wird sich jedoch in den kommenden Monaten drastisch etwas ändern, da das Amt das Ziel hat, bis Ende des Jahres 2019 alle Rückstände aufgearbeitet zu haben.

Dies alles konnte unter großer Anstrengung aller Mitarbeitenden erreicht werden, obwohl in der Heimpflege rund 3,5 Stellen vakant sind und zusätzliche 4 befristete Stellen ebenfalls nicht besetzt werden konnten.

Darüber hinaus gibt es Absprachen mit den Trägern der Einrichtungen. Für die Dauer des Bewilligungsverfahrens sollte das Renteneinkommen nicht vollständig übergeleitet, sondern die Rente in Höhe des Barbetrags dem/der Heimbewohner/in belassen werden. Diese seit Jahren praktizierte Vereinbarung scheint von vereinzelten Einrichtungen einseitig nicht mehr eingehalten zu werden. Dies liege möglicherweise auch an den zu langen Bearbeitungszeiten und Ablehnungen aufgrund von vorhandenem Vermögen, in denen die Einrichtungen den Eindruck erhielten, den Barbetrag vorzufinanzieren, obwohl dieser den Personen mit Einkommen oder Vermögen nicht zuzustand.

Herr Schumacher sagt deshalb zu, dieses Thema bei der Liga der Wohlfahrtsverbände aufzugreifen und eine verbindliche Absprache zugunsten der Heimbewohner/innen zu erreichen.

Herr Dr. Rau sagt eine Berichterstattung zum Sachstand in der nächsten Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik zu.

Abschließend wird die von der Seniorenvertretung des Bezirks Innenstadt herausgegebene Pressemitteilung „Prüfen, bis der Tod eintritt“ thematisiert. Herr Dr. Rau hält die Art und Weise dieser Mitteilung nicht für geeignet, die gemäß § 1 Absatz 1.2 der Geschäftsordnung für die Gremien der Seniorenpolitik der Stadt Köln gewollte Kontaktpflege zwischen Seniorenvertretung und Verwaltung zu fördern.

Herr Dr. Theisohn als Sprecher der Seniorenvertretung distanziert sich im Namen der übrigen Seniorenvertretung ausdrücklich von dieser Pressemitteilung und hält die Wortwahl ebenfalls für wenig gelungen.

3.2 Bearbeitungsverfahren bei Schwerbehindertenausweisen

Herr Dr. Theisohn weist auf die für die Betroffenen unzumutbar langen Bearbeitungszeiten für die Ausstellung von Schwerbehindertenausweisen hin und verdeutlicht die Folgen eines verzögerten Bearbeitungsverfahrens in Hinblick auf die Gewährung des Mehrbedarfs bei Grundsicherungsempfängern. Näheres ist aus einem Auszug aus der Niederschrift der Bezirksarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik Kalk vom 12.3.2019 zu ersehen, den Herr Dr. Theisohn dem Gremium vorlegt (s. Anlage 3).

Herr Rummel entgegnet, dass die Bearbeitungsdauer aus den aufwändigen, gesetzlich vorgeschriebenen Recherchen resultiert. Hintergrund dafür ist das Ziel, die Beeinträchtigungen und den Grad der Schwerbehinderung objektiv und umfassend zu beurteilen, so dass den Interessen der behinderten Menschen in hohem Maß entsprochen wird. Bei der Sachverhaltsaufklärung werden beispielsweise die behandelnden Ärzte

der Antragstellenden, die Kliniken und /oder Reha-Einrichtungen angeschrieben und aufgefordert, aussagekräftige Befundberichte vorzulegen. Aufgrund der starken Belastung der Ärzte durch das hohe Patientenaufkommen, müssen Befundberichte oft mehrfach angemahnt werden. Dadurch verlängert sich das jeweilige Verfahren entsprechend.

Erschwerend hinzu kommt der bestehende Personalmangel bei der zuständigen Schwerbehinderten- und Elterngeldstelle. Durch zahlreiche organisatorische Verbesserungen und das Engagement der vorhandenen Mitarbeitenden wurden die rückständigen Verfahren bereits erheblich reduziert und parallel zum Tagesgeschäft Rückstände abgebaut. Solange kein weiteres geeignetes Personal eingestellt werden kann, wird versucht, die Bearbeitungszeit durch weitere organisatorische Maßnahmen zu beschleunigen. So soll durch die geplante Einführung der elektronischen Akte im Jahr 2020 die Bearbeitungszeit erheblich reduziert werden.

Frau Vorpahl-Allweins berichtet über eine eigene Erfahrung, wonach sie über 5 Wochen trotz dauerhafter Versuche keinen telefonischen Kontakt zur Schwerbehinderten- und Elterngeldstelle herstellen konnte.

Frau Lenzen-Genco regt an, zwei Mitarbeiter/innen ständig für die Beantwortung von telefonischen Anfragen abzustellen.

Herr Rummel führt aus, dass z.B. im Jahr 2018 insgesamt 25.000 Anträge eingegangen sind. Mit einem Anstieg ist in den Folgejahren zu rechnen. Im Bearbeitungsverfahren ist zwischen der ständigen telefonischen Erreichbarkeit, die mit einer Unterbrechung bei der Aktenbearbeitung verbunden ist und der tatsächlichen Fallbearbeitung, z.B. durch persönliche Beratungsgespräche mit den Antragstellern, abzuwägen. Obwohl bereits zwei Mitarbeiter/innen für den Telefondienst eingesetzt werden, kann eine ständige telefonische Erreichbarkeit nicht sichergestellt werden, da die Gespräche lange Zeit in Anspruch nehmen und kein weiterer Anruf in dieser Zeit durchgestellt werden kann. Z.Zt. wird an der Umsetzung eines Konzeptes zur Verbesserung der telefonischen Erreichbarkeit gearbeitet, dass u.a. weitere personelle Zusetzungen in dem Bereich vorsieht.

Herr Dr. Rau sagt zu, dass er sich für die Abschaffung der Mängel bei Herrn Stadtdirektor Dr. Keller einsetzen wird.

Frau Gärtner weist auf die Abhängigkeiten von Bearbeitungsdauer und die Leistungsgewährung im Sozialhilferecht hin. Hierzu hat die Verwaltung eine Stellungnahme erstellt, die dieser Niederschrift als Anlage 4 beigefügt ist.

3.3 Initiative "Ohne Moos nix los"

Herr Dr. Theisohn trägt einen Antrag der Seniorenvertretung vor, wonach die Einrichtung einer Beratungs- und Vermittlungsstelle für Seniorenjobs geprüft werden soll. Angeregt wird, dabei mit der Initiative „Ohne Moos nix los“ zusammen zu arbeiten. Siehe Anlage 5.

Parallel dazu, lag zur Sitzungsvorbereitung den Gremienmitgliedern eine Ausführung der Initiative „Ohne Moos nix los“ zum Thema vor. Siehe Anlage 6.

Frau Heuser merkt an, dass es neben „Ohne Moos nix los“ auch andere Initiativen gibt, die berücksichtigt werden sollten. Z.B. Job 60plus im Bürgerhaus Zollstock.

Herr Dr. Rau sagt zu, dass die Verwaltung eine Prüfung vornimmt.

3.4 Informationsblatt "Kölner zahnmedizinische Versorgung im Alter"

Antrag von Herrn Dr. Dr. Mück (s. Anlage 7)

Antrag wurde von der Tagesordnung genommen – vgl. TOP 1

3.5 Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der zahnmedizinischen und mundhygienischen Versorgung

Antrag von Herrn Dr. Dr. Mück (s. Anlage 8)

Antrag wurde von der Tagesordnung genommen – vgl. TOP 1

3.6 Mobile Zahnbehandlungseinheit

Antrag von Herrn Dr. Dr. Mück (s. Anlage 9)

Antrag wurde von der Tagesordnung genommen – vgl. TOP 1

3.7 "Nette Toilette"

Antrag von Herrn Dr. Dr. Mück (s. Anlage 10)

Antrag wurde von der Tagesordnung genommen – vgl. TOP 1

3.8 Qualifikation von SeniorenNetzwerk-Koordinatoren/innen

Antrag von Herrn Dr. Dr. Mück (s. Anlage 11)

Antrag wurde von der Tagesordnung genommen – vgl. TOP 1

3.9 Änderung der Hauptsatzung

Antrag von Herrn Meurers (s. Anlage 12)

Antrag wurde von der Tagesordnung genommen – vgl. TOP 1

3.10 Verschiedenes

Herr Dr. Theisohn teilt mit, dass der Stadtbezirk Kalk am 14.9.2019 einen Tag „Kalk in Bewegung“ veranstaltet. Näheres ist aus der Anlage 13 zu entnehmen.

Weiterhin findet am 7.5.2019 ein Treffen der Seniorenvertretung Kalk mit den SeniorenNetzwerken des Bezirks statt. Hintergrund ist die Überarbeitung des Konzeptes für die SeniorenNetzwerke. Siehe hierzu Anlage 13.

Frau Schönewolf merkt an, dass derartige Veranstaltungen auch in anderen Stadtbezirken stattfinden.

Herr Dr. Theisohn gibt bekannt, dass die Seniorenvertretung Frau Oberbürgermeisterin Reker angeschrieben und sich gegen eine angedachte Nutzung der Bürgersteige durch Elektro-Roller ausgesprochen hat. Siehe Anlage 14.

4 Bericht aus der Landesseniorenvertretung

Herr Dr. Theisohn trägt den Bericht aus der Landesseniorenvertretung vor und gibt eine schriftliche Ausführung darüber zur Niederschrift. (s. Anlage 15).

5 Mitteilungen und Anfragen der Ratsfraktionen

Frau Heuser bittet den Sprecher der Seniorenvertretung um Auskunft, ob die für den 2.5.2019 von Herrn Dr. Dr. Mück in den Ausschuss für Soziales und Senioren eingebrachten Anträge: **Leistungserweiterung des Aktiv60 Tickets - generelle kostenfrei Mitnahme von 3 Kindern bis 14 Jahre und Modellversuch: Ein Jahr AKTIV60 Ticket zum ermäßigten Preis bei Führerscheinverzicht von Senioren** von der gesamten Seniorenvertretung getragen werden.

Herr Dr. Theisohn entgegnet, dass diese Anträge nicht in der SVK-Gesamtkonferenz oder SVK Stadtkonferenz beraten wurden.

6 Mitteilungen und Anfragen der Verbände der freien Wohlfahrtspflege

Frau Beck teilt mit, dass die Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V. ab dem 1.4.2019 den Vorsitz der Liga der Wohlfahrtsverbände in Köln übernommen hat. Sie selbst wird sich beruflich verändern und Mitte Juni 2019 die Arbeiterwohlfahrt verlassen. Den Standardtagesordnungspunkt „Mitteilungen und Anfragen der Verbände der freien Wohlfahrtspflege“ in der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik werden die verbleibenden Kolleginnen und Kollegen der Wohlfahrtsverbände übernehmen.

Herr Dr. Rau dankt Frau Beck für die geleistete Arbeit und wünscht ihr für die Zukunft alles Gute.

Frau Beck teilt weiterhin mit, dass damit zu rechnen ist, dass ab dem 1.7.2019 die letzten beiden Stellen für die neuen SeniorenNetzwerke aus dem Leitprojekt besetzt werden.

Darüber hinaus wurden die beiden neuen Servicestellen für die selbstorganisierten SeniorenNetzwerke und die Stellen der Seniorenkoordination abschließend besetzt.

Herr Wild weist auf zwei Termine hin:

18.5. – 26.5.2019 Aktionswoche Selbsthilfe – Motto „Wir hilft“ - Selbsthilfe-Kontaktstelle Köln/Der Paritätische

19.5.2019 Demo „Ein Europa für Alle“ 12 Uhr, Deutzer Werft

7 Mitteilungen und Anfragen der Verwaltung

7.1 Pflegenotstand

Herr Dr. Rau betont die Wichtigkeit des Themas und weist u.a. auf die Notwendigkeit hin, ambulante und stationäre Angebote durchlässiger zu gestalten.

Frau Dr. Robinson berichtet über die Einrichtung einer Steuerungsgruppe „Zukunft der Pflege“ und stellt in einem Vortrag die Projektziele und die aktuellen Herausforderungen in Köln vor. Einzelheiten sind aus den Vortragsunterlagen zu entnehmen (Anlage 16).

In der sich anschließenden Aussprache merkt Frau Lenzen-Genco an, dass ein besonderer Schwerpunkt auf die Ausbildung für die Fachkräfte gelegt werden muss. Die Träger sind aufgefordert, bessere Bedingungen für die Ausbildung zu schaffen und durch Erhöhung der Ausbildungsvergütung Anreize zu schaffen.

Herr Dr. Schulz gibt zu bedenken, dass es auf Grund der angespannten Wohnungssituation in Köln schwer für Auszubildende ist, eine preisgünstige Wohnung zu finden. Herr Dr. Rau bestätigt, dass dieser Aspekt bei dem Projekt mitgedacht wird.

Herr Dr. Theisohn mahnt die Beteiligung der Seniorenvertretung an. Herr Dr. Rau sagt dies zu. Über das Projekt wird laufend in der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik berichtet.

Frau Heuser bittet darum, das Vorgehen des Projektes transparent zu gestalten, damit auseinandergelassen werden kann, wer wo die Verantwortung trägt.

Frau Hoyer unterstützt den Gedanken, das Thema vielschichtig und übergreifend anzugehen.

7.2 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht; Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen 0340/2019

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik nimmt den Folgebericht zur Kenntnis.

Herr Dr. Theisohn reicht eine Stellungnahme als Sprecher der Seniorenvertretung ein und erläutert die darin enthaltenen Kritikpunkte an dem Bericht (s. Anlage 17). Diese Stellungnahme wurde ebenfalls als Mitteilung an die Oberbürgermeisterin gesandt.

8 Verschiedenes

Die nächste Mitgliederversammlung des Förderkreises Kölner SeniorenNetzwerke e.V. findet am 13.5.2019, 17 Uhr statt.

Herr Dr. Rau teilt mit, dass die Wahlordnung für die nächste Wahl der Seniorenvertretung im Jahr 2021 zurzeit überarbeitet wird.

Die nächste Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik sollte am 11.11.2019 um 14 Uhr stattfinden. Auf Wunsch der Mitglieder des Gremiums wurde die Sitzung auf den 29.11.2019, 10 Uhr, Stadthaus Deutz, Raum 16 F 43 verlegt.

Sitzungsende: 16.00 Uhr